

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 9 (1895)

26 (31.1.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252374](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-252374)

Norddeutsches Volksblatt.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Inzerate: die vierteljährliche Seite 10 S., bei Wiederholungen Rabatt. Vollzeitsliste Nr. 5059.

Organ für Vertretung der Interessen des werththätigen Volkes.

Abonnement bei Bezahlung frei ins Haus: vierteljährlich 2,10 M für 2 Monate 1,40 „ für 1 Monat 0,70 „ excl. Post- und Zinsen.

Redaktion und Expedition: Pant, Adolphstraße Nr. 1.

Inzeraten-Aunahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inzerate werden früher erbeten.

Nr. 26.

Pant, Donnerstag den 31. Januar 1895.

9. Jahrgang.

Die Aussichten der Umsturzvorlage.

Die Aussichten der Umsturzvorlage beschließen natürlich fortgesetzt die Presse und um so mehr, als die „Nordb. Allgem. Ztg.“, von der man nicht weiß, ob sie noch als offizielle gelten kann oder nicht, jüngst die Reichstagen durch nur halbversteckte Drohungen zur Annahme der Vorlage zu bestimmen suchte. Dürfte man die Regierung als Einkäufer dieser Auslösung vermuten, so würde sie sehr bedeutend sein. Sie stellt den Reichstag ohne Weiteres vor die Alternative, der Regierung zu Willen zu sein, oder es auf einen Konflikt ankommen zu lassen, wobei die Umsturzvorlage nach dem Vorgange des Reichstages als das „Mindestmaß“ der für unumgänglich erachteten Forderungen, als ein feststehendes Ziel bezeichnet wird, „das erreicht werden soll und erreicht werden wird“. Werde die Vorlage abgelehnt oder auf einen ungenügenden Inhalt zusammengebrocht, so sei die Frage nicht mehr, ob andere Wege, sondern nur welche anderen Wege nach dem Ziel hin einschlägigen sind. Der Reichstag habe allen Grund, „auf rechtzeitigen guten Rath zu hören“.

Nicht ohne Grund meint die „Voss. Ztg.“: „Die Mehrheit des Reichstages müßte sehr schwache Nerven haben, wenn sie sich durch Drohungen einschüchtern ließe. Wir meinen im Gegentheil, durch solche Rampfmittel können die Aussichten der Vorlage nur ver schlechert werden. Denn die Abgeordneten müssen selbst den Schein meiden, als ob sie aus Furcht handeln. Sie haben ihrem Gewissen zu folgen und können dann getrost abwarten, ob sie von ihren Wählern verleugnet werden. Wer die Stimmung im Lande unbefangenen beobachtet, kommt vielleicht zu der Ueberzeugung, daß die Opposition in der Wählerschaft noch sehr viel stärker ist als im Reichstage. Und auf einen Verfassungskonflikt im Reiche kann es keine Regierung ankommen lassen, die das Reich erhalten und sichern will.“

An anderer Stelle sagt dasselbe Blatt, der Auffassung der „Nordb. Allgem. Ztg.“ liege die Anschauung zu Grunde, daß der Reichstag nicht ein gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung ist, der die Annahme eines neuen Gesetzvortrages ermöglicht verbinden kann, sondern daß er nur die Macht hat, einen Vorschlag der Regierung für eine gewisse Zeit zu hemmen und ihm Schwierigkeiten zu bereiten.

Im Anschluß daran wird die Frage erörtert, welche Mittel der Regierung zu Gebote stehen, um die Annahme der Vorlage durchzusetzen, wenn der jetzige Reichstag sie, wie vorausgesetzt ist, ablehnt hat. „Sie kann zunächst ein Abkommen mit dem Zentrum schließen, wonach sie in diesem das Jesuitergeld zugesetzt und dafür seine Zustimmung zu der Umsturzvorlage erbit. Ob das Zentrum nicht diese Gelegenheit benutzen wird, noch weitere Zuge-

stände herauszuschlagen, wissen wir nicht. Gelingt es, auf diesem Wege vorwärts zu kommen, so könnte die formale Gesetzmäßigkeit nicht beanstandet werden. Aber verhängnisvoll wäre dieser Weg für die Regierung wie für das Zentrum.

„Ein zweiter Weg wäre der, den Reichstag aufzulösen, und wir halten es für sehr wahrscheinlich, daß dieser Weg betreten wird. Die formale Gesetzmäßigkeit eines solchen Schrittes wäre nicht zu bezweifeln, wohl aber die Wirksamkeit. Allerdings hat die Regierung seit dem Jahre 1877 es bei jeder Auflösung erreicht, einen geschnittenen Reichstag zu erhalten. Aber so ist es nicht immer gewesen und wird nicht immer so sein. In den Jahren von 1862 bis 1866 hat jede Auflösung dazu beigetragen, die Opposition zu befestigen. Beim jetzigen Stand der öffentlichen Meinung ist vorauszusetzen, daß von einer Auflösung des Reichstages Sozialdemokraten, Antiklerikale, süddeutsche Volkspartei und bayerischer Bauernbund Vortheile haben werden, daß dagegen beide konservativen Fraktionen, Nationalliberale und freilich auch beide freisinnigen Fraktionen Nachtheile haben werden. Der neue Reichstag würde die Vorlage mit erheblich vergrößerter Mehrheit ablehnen.“

„Die Regierung kann wiederholt auflösen; die Verfassung schreibt keine Schranke dafür vor, wie oft die Auflösung wiederholt werden darf, und bei einer lebhaft beschriebenen Auslösung der Verfassung könnte man ein solches Verfahren nicht anfechten, vorausgesetzt, daß es der Regierung gelingt, das Budget alljährlich rechtzeitig fertig gestellt zu erhalten. Aber in der Sache selbst wird nicht damit erreicht, der wiederholten Auflösung würde eine wiederholte Ablehnung der Umsturzvorlage folgen, und die Regierung im Lande würde in unheilvoller Weise gelähmt werden.“

„Nun bleibt noch ein Weg übrig, um zum Ziele zu gelangen, der Weg des Staatsstreiches, der Verfassungsverletzung, sei es, daß man die Umsturzvorlage ohne Genehmigung des Reichstages auf dem Wege der Urtrogung in das Leben treten läßt, sei es, was alsdann viel wahrscheinlicher ist, daß man ein neues Wahlgesez oftzwirnt und auf diesem Wege eine scheinbare Genehmigung für alle übrigen Vorlagen erhält. Wenn die „Nordb. Allg. Ztg.“ sagt, es handle sich für die Regierung lediglich darum, auf welchem Wege sie die Annahme der Umsturzvorlage durchsetzen kann, so ergibt sich daraus mit unheimlicher Folgerichtigkeit, daß, wenn kein anderer Weg für die Annahme übrig bleibt als der Weg des Staatsstreiches, dieser Weg beschritten werden wird. Man hat bisher diejenigen, die Vorwürfe vor einem künftigen Staatsstreich haben, als Trümer bezeichnet, aber solche Artikel wie der vorher bezeichnete, der, heillosig gesagt, sich durch diejenige Schrittart auszeichnet, die man früher

als hochfahrenden Sperrdruck bezeichnet hat, verleibt solchen Trümmern einen sehr realen Hintergrund.

„Es ist doch eine eigenartige Erscheinung, daß Leute, die sich als eifrige Vorkämpfer gegen den Urtrog erörtern mit Strafe betroffen wollen, selbst mit dem Gedanken des Umstürzes spielen und die festesten verfassungsmäßigen Grundlagen in Frage stellen. Es hat nie ein Deutsches Reich ohne Reichstag gegeben, und wir fügen hinzu, es kann kein Deutsches Reich ohne Reichstag geben. Man tastet das Deutsches Reich an, wenn man den Reichstag antastet. Und ein Reichstag ist nur denkbar, wenn er die Macht hat auszusprechen: Nolumus leges terrore mutari. Der Reichstag hat nicht die Macht, ein neues Gesetz ohne Zustimmung der verbündeten Regierungen zu Stande zu bringen, aber die verbündeten Regierungen haben auch nicht die Macht, ein neues Gesetz ohne Zustimmung des Reichstages zu Stande zu bringen. Wer diesen Sachverhalt leugnet, hat weder den bestehenden Rechtszustand beachtet, noch die Folgen vorgezwängt, die bei einer Erschütterung des bestehenden Rechtsstandpunktes eintreten müßten.“

Die ganze Diskussion zeigt mit unmisselhafter Deutlichkeit, daß der ganze Kampf gegen den „Umsturz“ nur Schein ist. Die wirklichen Umstürzler sitzen an ganz anderer Stelle, als man mit der neuen Waffe treffen will.

Politische Rundschau.

Pant, den 30. Januar.

Der Reichstag, der am Montag nicht tagte, hat in seiner gestrigen Sitzung zunächst die Kabinettsordre, betr. einen Zollrücklag aus Spanien und den spanischen Kolonien kommenden Waaren, in zweiter Lesung beschlossen und erledigt. Der konservative Schutzpolitaner Salich, den der ehemalige Freibändler Hammacher unterstützte, brachte eine Resolution ein, nach welcher die Regierung ermächtigt werden solle, unter Voraussetzung des § 6 des Zolltarifgesetzes auch auf zollfreie Waaren einen Zoll, und zwar bis zu 100 pCt., zu legen. Der Freibändler Dr. Barth bekämpfte vergeblich die Resolution. Sie wurde der Zollkommission zur Prüfung überwiesen. Darauf tritt das Haus in die Beratung der Gremetbenoelle ein und zunächst über die Bestimmungen über das Wandergewerbe. Damit verbunden werden die Zutrittsanträge. Es sprachen dazu die Abg. Schöder und v. Hollenker für die Vorlage, der Abg. Schneider gegen eine weitere Bekräftigung der Berufstätigkeit der wandernden Händler, Künstler und Schaupspieler. Das Haus vertagte sich darauf bis heute. Auf der Tagesordnung steht der Antrag der Geschäftsbordnungscommission über

Der Kommunistenstüling.

14) Der arme Charles hatte bisher wie versteinert an seinem Plage gestanden, denn Eugeniens Worte waren ihm in die tiefste Seele gedrungen. Wie verwirrt fuhr er bei dem Befehle empor, eine gräßliche Verwünschung ausstößend. Dann schloß er sich mit großer Hast der Gruppe an, in deren Mitte die Gefangenen sich befanden.

Ein blutiger Tag war vorüber. Die Carlsten hatten mit großem Ansehen das Städtchen Sabadilla angegriffen, waren aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Gegen Abend ließ das Feuer nach, und die Carlsten, entmuthigt durch einen unerwarteten Widerstand, stellten ihre Angriffe ein.

Es war 10 Uhr Abends. Eine völlige Stille herrschte überall, die nur von Zeit zu Zeit durch einige Gewehrknalle, ähnlich den leichten schwachen Donnererschlägen eines abgehenden Gewitters, unterbrochen ward. In dem Lager der Belagerer ließen sich dumpf die Stimmen der Wachposten vernehmen. Trotz der längst angebrochenen Nacht herrschte in der Stadt eine große Lebendigkeit, Patrouillen durchzogen halden Schritte die Straßen, und Offiziere wisterten die Posten. Ueberall ward der Munitionsvorrath ergötzt, und Alles rüstete sich zu neuem Kampfe.

Um diese Zeit stieg ein höherer Offizier, der sich im Laufe des Tages unter den unversagtesten und werthigsten Verteidigern auffallend hervorgethan hatte, den Wall herab. Er bog in die nächste Straße ein. An der Thür des Gefängnisses des Städtchens blieb er stehen und klopfte. Nachdem er eingelassen, zeigte er dem Schließer ein Papier vor, das dieser mit allen Zeichen der größten Ueberrauschung prüfte, sich weigerte, und dann auf einen Wink des Offiziers sich entfernte.

Als der Offizier allein war, zog er die kalten seines Mantels dicht über dem Gesichte zusammen, lehnte sich an einen Pfeiler und wartete.

Der Schließer kam zurück. Der Graf und die Gräfin von Alcoy folgten ihm.

Die Gefangenschaft und die peinliche, nagende Angst, in der er endlose Tage und Nächte verlebte, hatten eine sichtsiche Veränderung in den bleichen Zügen des Grafen herbeigeführt. Er war abgemagert, und die Blicke seiner großen Augen waren matt und trüb.

Eugenie, wunderbar schön in ihrer Blässe und in ihren Thränen, trug die Spuren eines zehrenden Nummers in ihrem lieblichen Angesichte. Stolz stand sie an der Seite ihres Gatten, dem sie so hochberzig in das Gefängniß gelangt war.

„Was soll geschehen?“ fragte der Graf.

„Eine Ordre der Militärcommission b. i. s. i. t. mir, Sie dem Bürger-Kommandanten auszuliefern“, antwortete der Schließer, indem er auf den Offizier deutete.

Der Kommandant hüllte sich dichter in seinen Mantel, und indem er sich der Thür zuwandte, befahl er mit leiser, dumpfer Stimme:

„Folgen Sie mir!“

Der Offizier ging voran, der Graf und die Gräfin folgten.

Schweigend durchschritten die drei Personen mehrere Straßen und kleine Plätze, bis sie in eine enge Straße gelangten. Hier blieb der Offizier vor einem kleinen Hause stehen, öffnete die Thür, gab seinen Begleitern einen Wink und trat mit ihnen in ein matt erleuchtetes Zimmer. Auf Stühlen dieses Zimmers lagen einige Uniformen der Freiwilligen ausgebreitet.

Raum war man eingetreten, als der Offizier seinen Mantel abwarf.

„Charles!“ rief die Gräfin.

„Der Kommandant Vdrigo!“ marmelte der Graf.

„Ich bin es“, sagte Charles, „ich, der schwer gekränkte, verkannte und verachtete Kommandant.“

„Und was wollen Sie?“ fragte der Graf.

„Ich will Sie und Ihre Gattin retten. Jene Uniformen sind für Sie bestimmt, säumen Sie nicht, sie anzulegen. In einer halben Stunde verläßt ein Detachement Freiwilliger die Stadt, um eine Kriegerflotte fort zu bringen; schließen Sie sich der Escorte an. Daben Sie einmal den Ball im Rücken, wird es Ihnen nicht schwer werden, das freie Feld und ihre Freunde zu erreichen. Eine Viertelstunde bleibt Ihnen Zeit — beileben Sie sich!“

Ohne auf die Ausdrücke der Dankbarkeit der beiden Gatten zu achten, verließ der Kommandant hastig das Zimmer.

Eine Viertelstunde später versammelte sich auf dem Marktplatz eine Abtheilung Freiwilliger. Auch der Kommandant erschien auf dem Sammelplatz; ihm folgten die beiden Gatten, uniformirt wie die Ubrigen. Die Reihen begannen sich zu ordnen.

Da trachte plötzlich von dem Thore herüber eine furchtbare Salvo, und der Himmel kamnte in einem duffen Feuermeer empor. Ein Adjutant sprengte im Galopp herbei und befahl den schleichenden Ausbruch des Detachements, da die Belagerer einen neuen Angriff unternommen hatten. Der Kommandant stellte die beiden Häftlinge in die letzte Reihe, und ohne daß ein Wort weiter gesprochen wurde, folgten sie der abmarschirenden Kolonne. Charles blieb noch eine Zeit lang unbeweglich stehen, um dem Zuge nachzublicken, der sich wie eine glänzende Schlange durch die dunklere Straße fortwand.

„Gerettet!“ rüstete er endlich. „Nun kann ich sterben.“

Er verschwand in der Nacht.

(Fortf. f.)



das Vorrecht der Initiationsanträge. Ferner die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, betr. Aufhebung des Diktaturparagrafen in Elsass-Lothringen und Abgrenzung der Wahlkreise.

In der Umhurzvorlage-Kommission haben sich die Zentrumsmitglieder als Kompromißler entpuppt. Die Führung hat Dr. Spahn übernommen, der mit Niederlegung der Forderung zu haben scheint. Nicht allein, daß er die Aufnahme der lex Heinze in das Umhurzgesetz befürwortete, er hat auch bei Beratung des § 111a dieser Vorlage Namens seiner Kollegen den Änderungsantrag der Zentrumsmitglieder zurückgezogen und, als Paris ihn wieder aufnahm, gegen ihn und für den schlechteren Änderungsantrag Votum gestimmt. Nur Schädlar stimmte mit den Freisinnigen und Sozialdemokraten. Der Handel wird also sicher zu Stande kommen. Und was wird der Preis sein?

Für die Postbeamten wurde in der Budgetkommission des Reichstages in diesem Jahre vom Abg. Müller-Blagau wiederum die Beschaffung leichterer Sommerkleidung angeregt. Herr v. Stephan erklärte, Versuche seien gemacht worden, hätten sich aber nicht bewährt. Bebel bekräftigt, daß dies in genügender Weise geschehen sei. Es befinden sich sehr rigorose Vorschriften für die Uniformierung, die im Sommer zu beobachten ist, in Kraft. Vor 1867 hätten die sächsischen Postbeamten im Sommer Drillschürze gehabt, auch sei ihnen das Desinnen des Tuchrocks gestattet worden. In der Schweiz gingen sämtliche Postbeamten im Sommer in leichter Kleidung, besorgten ihren Dienst gut und vergaben der „Würde der Postverwaltung“ nichts; warum das bei uns anders sei? Ringens und Jagbawsky sprachen sich im Sinne des Staatssekretärs aus, Senger dagegen. Auf die wiederholten Anfragen könne man nicht wie der Staatssekretär leicht darüber hinweggehen. Das Militär habe im Sommer doch auch Drillschürze und dem Publikum falle es auch nicht ein, im Sommer dieselbe Kleidung zu tragen. Seitens der Postverwaltung erklärte der Staatssekretär, Erleichterungen eintreten zu lassen, soweit solche möglich seien, aber die Postverwaltung müsse auch über die Gesundheit der Beamten wachen. Wenn er sprach sich ebenfalls für Erleichterungen aus, vielfach trügen die Direktoren der Oberpostämter noch dazu bei, durch Anordnungen den Beamten das Leben zu erschweren. Bebel erwiderte die gemachten Eingebungen der Postleitung für unzutreffend, die Erfahrung in anderen Ländern zeige, daß es auch anders gebe. Man solle es mit der Wohlthätigkeit versuchen, die auch bei den Eisenbahnschaffnern eingeführt sei, die sei zweckmäßig und billig.

Neue Kampfregeln auf dem Gebiete der Zollpolitik fordern die Konservativen. Die Abgeordneten v. Sollich und Genossen haben im Reichstage folgende Resolution zu der kaiserlichen Verordnung vom 25. Mai 1894, betreffend die Erhebung eines Zollzuschlags für aus Spanien und den spanischen Kolonien kommenden Waaren, eingebracht: „Die verüblichen Regierungen zu eruchen, dem Reichstage schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen in Ergänzung der Vorschriften des § 6 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 auch solche Waaren unter der dort vorgesehenen Voraussetzung mit Zöllen belegt werden können.“

Die Agrarier sind unermüdet in dem Bestreben, die Regierung zu Maßnahmen zu drängen, welche den „notleidenden“ Bauern neue Sonderrechte verschaffen. Die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages beschloß eine Interpellation an die Reichsregierung, wie diese eine Hebung der Getreidepreise herbeizuführen gedenke.

Oberpräsident Graf Stolberg hat im Wahlkreise Detlo-Lud-Johannisburg seinen Landrat bereits befragt, ob die Wahlfähigkeit gesunken ist. Der Landrat v. Wölben, der Schilling des Bundes der Landwirthe, hat der „Kreuzzeitung“ zufolge bereits seine Kandidatur zurückgezogen. Der Oberpräsident Graf Stolberg war seinem Landrat gegenüber doch der Stärkere. Jetzt legt es die „Kreuzzeitung“ dem Grafen Stolberg nahe, gleichfalls zurückzutreten. Man hat für diesen Fall schon einen neuen Kandidaten in Aussicht genommen, den konservativen Landtagsabgeordneten GutsMuths-Ruland.

Der Gewahrsam des Ministers von Köller, Theodor Ruch, hat an verschiedene Berliner Blätter eine „Berichtigung“ gerichtet, in der er so ziemlich Alles, was von ihm behauptet worden ist, bestritt und mittheilt, daß er bei der Staatsanwaltschaft gegen den „Vorwärts“ und die „Freisinnige Zeitung“ den gerichtlichen Klageweg beschritten hat. Die „Volkszeitung“ thut dem Herrn den Gefallen, seine Berichtigung vollständig abzu drucken. Danach will er niemals Mitglied des anarchistischen Klubs „Autonomie“ in London, ebensowenig je Leiter oder Führer des Klubs „Autonomie“ gewesen sein. Er habe weder der deutschen noch der englischen noch der italienischen noch der amerikanischen Regierung oder Völkern Spionendienste geleistet und habe gar nichts mit dem Entzweiten oder der Abfassung der sogenannten Umhurzvorlage zu thun. — Genug! Dies Kind, kein Engel ist so rein! Neugierig sind wir übrigens, ob sich die Staatsanwaltschaft im „öffentlichen Interesse“ der Ehre des Herrn Ruch annehmen wird.

Der Kaiser hat aus Anlaß seines Geburtstages mehrere Ehrenkronen vollzogen, Orden verliehen und an das Heer einen Erlass gerichtet. Orden haben v. Köller und der Justizminister erhalten, desgleichen der Landwirtschaftsminister v. Hammerstein-Voxten. Herr Niederbina, der die Umhurzvorlage vertrat, ist leer ausgegangen. Staatssekretär v. Stephan ist in den Rang eines Staatsministers aufgerückt. Die Ehrenkronen umfassen die Stiftung eines neuen Kampfpfeiles von 2000 Mk., für die „lieben Berliner“ die Aufstellung der Standbilder sämtlicher Hohenzollern-Fürsten bis auf Kaiser Wilhelm I. in

der Siegesallee. Jeder der Fürsten soll von seinen Staatsmännern umgeben sein. Das Geheiß soll aus der Privatkapelle des Kaisers bestritten werden; schließlich die Stiftung von 45 000 Mk. zur Hebung der Lage der Handwerker in den Kreisen Glatz, Neurode, Reichenbach und Schneidmühl. Der Erlass an das Heer lautet:

„Ich bestimme, um zugleich den Truppen ein wahrnehmbares Zeichen ihrer stolzen Erinnerungen zu gewähren, daß, so oft in der Zeit vom 15. Juli dieses Jahres bis zum 10. Mai des kommenden Jahres die Fahnen entfaltete werden, sämtliche Fahnen und Standarten, denen mein Herr Großvater, des großen Kaisers und Königs Wilhelm I. Majestät, für die Theilnahme an diesem Kriege eine Auszeichnung verliehen hat, mit Eisenlaub geschmückt werden und die ersten Geheiß derjenigen Batterien, welche in ihm gefochten haben, Ehrenkränze tragen.“

Nicht mit Unrecht bemerkt der „Vorwärts“, daß im Interesse des Völkerruhes und der endlichen Auslösung der beiden großen mitteleuropäischen Kulturvölker solche Rundgebungen nur zu bedauern sind.

Die deutsche Injustiz läßt kein Vergehen ungeahndet und so muß denn auch die Fischmühlerei Affäre auch ein Nachspiel vor Gericht haben. Bereits fünf einigte der Schuldigen von der allzeit gerechten Frau Themis zur Rechenschaft gezogen worden — einige Wändener Redakteure nämlich, welche der Volksstimme über die Fischmühlerei Vorgänge Ausdruck gaben. Die Hauptsache liegt aber noch aus, das gerichtliche Verfahren gegen — den Oberamtmann Wall, den Förster Bergmann u. s. w. Die Ambergger „Volksstimme“ meldet, ist in Fischmühlerei die Anklage, schrift des Staatsanwalts eingetroffen. 146 Personen sind wegen Landfriedensbruchs vor das Landgericht Weiden verwiesen, ferner werden 13 Personen wegen Mißbrauchs der öffentlichen Gewalt unter Anklage gestellt! — Wir wissen nicht, ob den Fischmühlerei Bauern die Vorzüglichkeit unseres neuzeitlichen Rechtsverfahrens einleuchten wird. Wir sind schon lange davon durchdrungen und süßten und leinertzeit fast veracht, ein Loblied auf die Frau Justitia anzustimmen, als im oberflächlichen Aufwühlprozess ein Mann verurteilt wurde, weil er nicht ruhig nach Hause ging, als seine Schwester von den Gendarmen erschossen war.

Die sächsischen Behörden scheinen es sich zur Aufgabe gesetzt zu haben, die Uebelthätigkeit der Umhurzvorlage dadurch darzutun, daß sie den Beweis erbringen, wie das sächsische Beeinträchtigungsgesetz genügt, jede freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. Im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Altschadt wird eine Opposition gegen die Umhurzvorlage überhaupt nicht geduldet. Alle Versammlungen mit diesem Thema werden einfach verboten. Angeblich soll die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet sein, wenn das Volk sich gegen Anordnungen wehrt. Gründe dafür werden nicht angegeben. Sie werden auch wohl nicht so leicht aufzutreiben sein. Die Vorgänge aber zeigen, wie die Willkür der Behörden das verfassungsmäßige Recht der Staatsbürger einfach aufhebt, obwohl wir angeblich in einem „Rechtsstaate“ leben.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Solingen wurden die Kandidaten der Arbeiterpartei für die Arbeiterbeschäftigten fast einstimmig gewählt. Ebenso im Solinger Landbesitz. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Wahl der Arbeiterpartei unterlagen die Kandidaten der Arbeiterpartei mit 25 Stimmen gegen 48 bzw. 50, welche auf die gemäßigten Kandidaten entfielen.

Schwyz.

Jürich, 29. Jan. Der Vorstand der hiesigen Vereinigung der italienischen Sozialisten erklärt im Jüricher „Tages-Anzeiger“, daß die in der Schweiz domicilirten und organisierten Genossen am 16. und 17. Februar in Jürich einen Sozialistenkongress abhalten.

Jürich, 29. Jan. Im Kantonsrathe suchte bei der zweiten Lesung des Erbschaftssteuergesetzes, das durch Besteuerung des eiterlichen Erbes und der amtlichen Inventarisierung in jedem Todesfälle eine Erweiterung erfährt, ein fast dugendlicher Millionär im Bund mit Gleichgesinnten das Gesetz zu Fall zu bringen. Für die „gute“ Absicht des am seine Millionen besorgten Herrn fand sich jedoch keine Mehrheit. Der Ranton Jürich bezog im Jahre 1893 aus der Erbschaftsteuer 426 942 Franken. Nimmt das Volk das neue Gesetz an, so wird künftighin die Erbschaftsteuer einige Tausende mehr abwerfen.

Frankreich.

Paris, 29. Januar. Die Sozialisten werden, nach einer Mitteilung der Autorität, in der Kammer vier folgende Interpellationen einbringen: 1. Betreffend die Haltung Ribots in den Panamasandalen und die Gründe, die ihn verhinderten, die 104 betheiligten Deputirten, die ihm bekannt gewesen, zu verfolgen; 2. die Rolle Ribots in der Affaire Artoux, des Panamagauers, der nie erwischt wurde, weil die Polizei ihn, den Minister der Korruption, „hoher“ Herren, nicht fangen wollte; 3. die Verbindungen Ribots mit Gambet, dem journalistischen Erpresserchef. Die 4. Interpellation wird an den Justizminister gerichtet, sie wird die Maßnahmen in der Südbahnanfrage betreffen.

Paris, 29. Januar. Das Ministerium Ribot zählt sechs Abgeordnete, zwei Senatoren und drei Mitglieder, die keiner Kammer angehören; letztere sind die Minister des Auswärtigen, der Marine und des Krieges. Dem Cabinet gehören zwei Radikale an, aber die überwiegende Mehrzahl der Minister ist gemäßigt.

Spanien.

Madrid, 28. Jan. Der Ministerrat hat über die Erhebung von Schutzzöllen auf Getreide Beschluß gefaßt, es soll ein Zoll und zwar nur auf eine begrenzte Zeit

bauer, auf die Einfuhr festgesetzt werden; man wird verlangen, daß die Eisenbahngesellschaften die Frachttäge von der Rüste nach dem Innern eröden. — Der Minister für Ackerbau hat seine Absicht, zurückzutreten, ausgedrückt.

Rußland.

Petersburg, 29. Januar. Der am Sonnabend geborene Minister v. Giers hat sein ganzes Leben im diplomatischen Dienst verbracht. Im Jahre 1841 war er dem Konsul in der Wolbau, im Jahre 1850 der Botschaft in Konstantinopel zugetheilt und wurde 1856 Staatsrath. Er war dann Gesandter in Bern, Stockholm, und kam im Jahre 1875 als Minister in Ministerium des Aeußeren, welches er nach dem Rücktritt Gortschakow's im Jahre 1882 selbstständig übernahm. Giers war ein ruhiger Mensch, der seine Arbeit still verrichtete und in dem man den Stützpunkt der Friedenspolitik des verstorbenen Zaren erblicken kann. Er war kein „genialer“ Staatsmann, kein sogenannter „Genos des Jahrhunderts“, wie etwa Bismarck seinen Schmeichlern gilt; aber er hat manchen Konflikt beigelegt und ist Streit und Krieg immer aus dem Wege gegangen.

Petersburg, 29. Jan. Der Nachfolger Giers' dürfte wahrscheinlich sein bisheriger Adjunkt Schischkin werden, der bereits zum interimsistischen Leiter des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden ist und auch schon früher mehrfach während längerer Erkanzungen seines Chefs das Auswärtige Amt geleitet hat.

Amerika.

Newyork, 28. Jan. Im Repräsentantenhause der Vereinigten Staaten von Nordamerika begann am Sonnabend die Beratung der Vorlage für Abschaffung des Differentialzolls auf Zucker. Hopkins (Republikaner) brachte ein Amendement ein, der Zoll solle in Kraft bleiben gegen jedes Land, das Maßregeln gegen amerikanisches Vieh und Fleisch ergreife. Brewster (Demokrat) brachte ein Amendement ein, den Werth Zoll um 10 pCt. zu erhöhen. Wilson eröffnete die Debatte, erklärte, der Differentialzoll sei eine Verletzung des Weisheitsprinzips. Der Vertrag und verlas das deutsche und das österreichische Protokoll, sowie ein Schreiben des deutschen Botschafters, in welchem derselbe bescheinigt, daß die von der deutschen Regierung gegen die Vieheinfuhr ergriffenen Maßnahmen Repressalien seien. Wilson behauptete, er glaube doch, daß der Zuckersoll die Ursache der Maßnahme sei; derselbe sollte aber abgeschafft werden, weil er mehreren Ländern Veranlassung zu Repressalien gegeben habe.

Sozialpolitische.

Die Frage der Unfallversicherung der Fischdampfermannschaften ist durch das bei den Stürmen am 22. und 23. Dezember über unsere Fischdampferflotte und ihre Besatzungsmannschaften gekommene Unglück mit aller Schärfe in den Vordergrund getreten. Untern 5. Januar d. J. hat die Handelskammer zu Westermünde an den Reichsanwalt eine Vorlesung gerichtet, in welcher es u. A. heißt: „Unter dem Eindruck der erschütternden Unglücksfälle, welche unterer Fischdampferflotte durch den Sturm vom 22./23. Dezember 1894 zugefallen sind, süßte sich die Handelskammer verpflichtet, erneut und dringender denn je das schon seit 1890 von uns und dem Seefischerverein „Unterwerfer“, ebenso wie von dem Königl. Rommery-Kollegium zu Altona des Oesteren an den Herrn Vorgänger von Ew. Durchlaucht gerichtete Ersuchen zu wiederholen: „Für die bis jetzt gegen Unfall immer noch nicht versicherten Mannschaften der Fischdampfer endlich die Versicherungsspflicht gesetzlich festzusetzen und dieselben der Seemannsberufsgenossenschaft einzuverleihen.“ In dem Bescheide vom 24. October 1894 wurde uns erwidert, daß erst über die Veranlassung dieser Betriebe zur Unfallversicherung zu entscheiden sei. Die jüngsten Ereignisse nun haben deutlich genug ausgesprochen, als daß diese Entscheidung auch nur einen Tag länger hintangehalten werden sollte. Klein von den in Westermünde beheimatheten Fischdampfern sind sechs als sicher verloren zu betrachten. Die Besatzung dieser Dampfer betrug zusammen 62 Personen, von denen 36 Männer verheiratet und Väter waren. Das Unglück, welches somit über diese Familien gekommen ist, wird in Folge des Mangels jeglicher Fürsorge durch Versicherung für die Hinterbliebenen zu einem geradezu trostlosen und kann durch eine augenblickliche Aenderung der Roth durch Privatwohlthätigkeit bei Weitem nicht gehoben werden. Es zeigt dieses Ereigniß unabweislich, wie dringend notwendig hier Abhilfe durch Einführung der Versicherungs-pflicht für die auf den Fischereifahrzeugen beschäftigten Mannschaften geschaffen werden muß. Dabel betrachten wir es als unabwendliches Erforderniß, die Dampfermannschaften der Seebereits-Gesellschaft zuzuwenden. Schon aus den praktischen Gründen müßte dies geschehen, da die Fischdampfer zeitweise, wenn sie andere Schiffe schleppen, der Seebereits-Gesellschaft thätiglich angehören und in deren Listen aufgeführt werden, sowie auch an diese Organisation ihre Beiträge zahlen. Einerseits mit Rücksicht auf die jüngsten Ereignisse an unserer Rüste, denen so viele berufstreuere Arbeiter zum Opfer gefallen sind, andererseits mit Rücksicht auf die Bedeutung der deutschen Hochseefischereiflotte, welche die Gründe für den Ausschluß von der Seebereits-Gesellschaft, wie sie in dem von dem Seemannsberufsgenossenschaft an das Reichsversicherungsamt gerichteten Schreiben vom 4. Januar 1891 angeführt worden sind, keineswegs mehr rechtfertigt, eruchen wir Ew. Durchlaucht ebenso euerdilig wie dringend, nimmde die Angelegenheit der Versicherungs-pflicht dieser Schiffmannschaften in unserem Sinne möglichst zu fördern. Durch keine gesetzliche Maßnahme kann sich die hohe Regierung den Dank so vieler Hunderte

braver Schiffer mehr erwerben, als durch ihr Eintreten für die Versicherung, welche den Mannschaften wenigstens einen Schutz gegen die Folgen der Gefahren angebeihen ließe, gegen welche sie sich selbst nicht mehr wahren können."

Aus Stadt und Land.

Bant, 30. Januar. Der auf gestern Abend in Frau Brumanns Wirthshaus abgetragenen Gemeinderathung ging die Abhaltung des Submissionstermins für Vergebung der Arbeiten am Rathhausbau voraus. Außer der Baukommission waren die zahlreichen Submittenten und sonstigen Interessenten erschienen. Die Offerten wurden vom Gemeindevorsteher Herrn Neeg eröffnet. Eingegangen waren 17 Offerten, von denen 9 die gesammte Ausführung des Baus betrafen. Die übrigen waren von einzelnen Handwerkern auf Einzelarbeiten abgegeben. Das ausführliche Submissionsergebnis finden die Leser an anderer Stelle und sei hier nur mitgetheilt, daß der geforderte Gesamtpreis für Ausführung des Rathhausbaues schwankt zwischen 26 400 und 30 200 M. Bekanntlich ist der Bau zu 30 000 M. veranschlagt. Die Baukommission begab sich sofort an die Arbeit, den Vergleich der Offerten, konnte aber bis zum Beginn der Sitzung des Gemeinderaths die Arbeit nicht erledigen, so daß, als der Gemeinderath zusammentrat, der Beratungspunkt „Rathhausbau“ von der Tagesordnung abgesetzt werden mußte. Es wurde bestimmt, daß die Kommission ihre Arbeiten am nächsten Sonntag erledigt und in einer am nächsten Montag abzuhaltenden Gemeinderathung der Beschluß ertheilt werden soll. Zum weiteren Verlauf der Verhandlungen des Gemeinderaths theilte der Vorsitzende, Gemeindevorsteher Neeg, mit, daß die R. Werk auf die Anregung des Gemeinderaths die Nummernschilder an den fälligen Häusern zu erneuern und die Bankette vor denselben zu pflastern, genehmigt habe und zwar, daß im nächsten Etatsjahre 1895/96 die Erneuerung der Nummernschilder an den fälligen Häusern zu Bant vorgehen sei und ausgeführt werde. Die Pflasterei der Bankette soll auch erfolgen, nur könne es in dem kommenden Jahre nicht geschehen, sondern später. Auch könne diese große Ausgabe nicht in einem Jahre gemacht werden, sondern sie müsse auf mehrere Jahre vertheilt werden. Der Gemeinderath genehmigte fobann das Gesuch einer Wittwe um Erlaß von Gemeindegeldern. Dergleichen genehmigte der Gemeinderath, freilich mit dem Vorbehalt, daß pupillarische Sicherheit geleistet wird, das Gesuch eines in großer Bedrängniß gerathenen Gemeindegeldbesizers um ein Darlehen von 250 M. Der Vorsitzende theilte im Weiteren mit, daß die Abänderung des Richtsatzes, betreffend die Entwässerung bebauter und unbebauter Grundstücke, vom Ministerium genehmigt worden sei. In einem Schreiben des Ministeriums wird eine formale Abänderung des Beschlusses bezüglich Erbauung einer Reichenhalle und Kontrahierung einer Anleihe verlangt und dadurch herbeigeführt, daß der Gemeinderath nochmals in erster Lesung beschloß, eine Reichenhalle erbauen zu wollen. Auf Anregung eines Mitgliedes entspann sich eine lebhaftere, aber fruchtlose Debatte darüber, ob es nicht jetzt an der Zeit sei, die Uebervahme des der Kirchgemeinde gehörigen Friedhofes seitens der politischen Gemeinde anzustreben. Es wurde fast allgemein die Ansicht ausgesprochen, daß die Gemeindevorsetzung einem Antrage des Kirchrates, in diesem Sinne gehalten, entsprechen würde. Die Initiative könne aber nicht vom Gemeinderath ausgehen. Der letzte Gegenstand der Beratung war ein Gesuch von Anliegern der verlängerten Mittel- bzw. der Schulstraße, die Abhilfe gegen die Anfluthung des Wassers bei Regenwetter, die dort infolge eines Fehlers in der Anlage der neuen Straße stattfindet, verlangen. Der Vorsitzende theilte mit, daß demnach das Großherzogliche Amt mit einem Sachverständigen als Entscheidungsinstitut die Straße beschreiben würde und könne dann auf diesen Uebelstand, der ja auch einen Mangelposten der Abnahmekommission bilde, hingewiesen werden. Die Abhilfe liege dem Erbauer, Bauherrmann Harms ob. Der Gemeinderath beschloß, daß die Straßen-Kommission zu dieser Beschäftigung zugezogen werden solle.

Wilhelmshaven, 30. Januar. Die königl. Steuerkasse ist nun von der Rathsoothese nach Friedrichstr. 7, der Gosanstraße gegenüber, übergesiedelt. Vom 1. April ab wird das Kassensystem in das Rathhaus verlegt.

Wilhelmshaven, 30. Januar. Am 25. Februar beginnt in Kurich die nächste Schwurgerichtsperiode, die allerdings nur einige Tage dauern wird. Zu Geschworenen von Wilhelmshaven sind ausgelost worden die Herren Kaufmann B. S. Meppen und Schlachtermeister Reif.

Wilhelmshaven, 30. Januar. Die Polizeibehörde hat jetzt die Eröffnung der Eisbahn auf dem Ems-Jade-Kanal freigegeben und kann jetzt auf dem Kanal ohne Gefahr dem Eisport gehuligt werden.

Wilhelmshaven, 30. Januar. Ueber die Verwendung des Aluminiums im Schiff- und Bootbau lesen wir in einer Fachschrift folgendes: „Das Aluminium fand bisher nur im Schiffbau Verwendung für Luxus-Fahrzeuge und hat als Schiffbaumaterial bisher nur langsame Fortschritte gemacht. In Frankreich sollen dem ersten kleinen Torpedoboote, welches kürzlich unter so großem Aufsehen auf der Themse seine Probefahrt machte, 5 weitere folgen und für die Kolonien sind mehrere zerlegbare Schulschiffe bestellt. Die niederländische Marine läßt ebenfalls für ihre Kolonien zwei Kanonenboote bauen und endlich soll auch Deutschland für den Viktoriasee einen kleinen Aluminiumdampfer erhalten. Von Amerika aus hatte man dem Aluminium wegen zu geringer Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Meerwasser und zu harten Aufschliffen die

Eignung als Material für Seeschiffe überhaupt abgeprochen. Nach einer uns zugehenden Mittheilung aus den daran interessirten Kreisen sollen aber die einhebenden Versuche der deutschen Behörden gezeigt haben, daß reines Aluminium sich im Meerwasser sogar viel besser gehalten hat als Stahl, der doch heute allgemein im Schiffbau verwendet wird. Die Aluminiumboote der Wellmann-Korpoexpedition haben sich gut bewährt, und unter Andern habe sich auch das Aluminium an einem seit 1 1/2 Jahren im Mittel-ländischen Meer schwimmenden Kaphadampfer im Allgemeinen sehr gut gehalten. Gleichzeitig hat sich an diesem Boote aber auch gezeigt, daß in Folge galvanischer Wirkung die Berührung mit anderen Metallen dem Aluminium gefährlich werden kann. Ueberall nämlich, wo eine Messing- oder Kupferarmatur auf der Schiffshale befestigt ist, ist das Metall stark zerstört, und zwar auffallender Weise hauptsächlich über dem Wasser, indem, wie es scheint, die feuchte, salzgefchwängerte Luft noch kräftiger wirkt als das Meerwasser selbst. Reinen Einfluß dagegen hat verzinktes Eisen ausgeübt. Die Mittel, um diesen Angriff zu begegnen, sind folgende. In erster Linie ist überhaupt möglich alles aus Aluminium zu machen; wo dasselbe aber aus praktischen Gründen nicht anmöglich ist, ist verzinktes Eisen anzuwenden. Wenn man jedoch von Kupfer oder Messing nicht absehen kann oder will, so ist das Aluminium durch Zwischenhalten einer den Strom nicht leitenden Substanz zu isoliren. Auch Unterlegen eines Stückchens Aluminium, welches dem Angriff zunächst ausgesetzt ist und ausgewechselt werden kann, ist empfehlenswerth. Alle Theile des erwähnten Bootes sowohl unter wie über Wasser, welche dem beschriebenen schädlichen Einfluß nicht ausgesetzt waren, haben sich vorzüglich gehalten.“

Wilhelmshaven, 30. Jan. (Von der Marine.) Der Kreuzer „Seeadler“ ist am 29. Januar in Bombay eingetroffen.

Oldenburg, 29. Januar. Hier wird gegenwärtig eine Petition an den Reichstag zum Unterzeichnen vorgelegt, die sich gegen die gegenwärtigen vielen Angriffe auf die Margarine richtet. In der Petition wird darauf hingewiesen, daß die Landwirthschaft von dem Konsum der Margarine keinen Schaden leide, da sie ja doch die Milch, die dabei verwendet würde, liefert. Sollte, so führt die Petition weiter aus, durch Druck der Agrarier auf die Reichsregierung in dieser Sache die Fabrikation der Margarine beschränkt bzw. in Frage gestellt werden, so würde der Landwirthschaft überhaupt hierdurch kaum ein Nutzen erwachsen, da dann diejenige Bevölkerung, welche jetzt Margarine konsumirt, sich wieder mehr den minderwertigen Fetten (Speisefett u.) weil solche wesentlich billiger als Naturbutter, zuwenden, letztere also mit Wegfall oder Beschränkung des Margarineverkaufs kaum eine Preissteigerung erfahren würde.

Oldenburg, 29. Januar. Wie den „Nachr. f. St. u. L.“ berichtet wird, ist das vielumstrittene Vahrsprojekt „Wilhelmshaven - Rechts - Vohne - Haldorf - Damme“ jetzt gezeichnet. Der in Löhne versammelte Amtsrath hat gestern der Vorlage in allen prinzipiellen Fragen zugestimmt und ist sichere Aussicht vorhanden, daß auch in der zweiten Lesung die Beschlässe wiederholt werden.

Oldenburg, 29. Januar. Falsche Hundertmarktscheine sind hier in Umlauf gebracht worden. Derselben sind nicht schwer zu erkennen. Während auf der Rückseite der echten die Schriftführung eine blaue Farbe zeigt, sind die falschen schwarzgrün gefärbt. Die Federn des Adlers sind auf den falschen dunkel, auf den echten Scheinen hell. Die Vorderseite der falschen Noten ist besser hergestellt. Als besonderes Erkennungsmerkmal kann aber gelten, daß auf ihnen der rechte Stempel leicht mit einem nahestehenden Finger zu verreiben ist. Man vermutet, daß sich der Verfertiger der Scheine in Sachsen befindet.

Oldenburg, 29. Januar. Die fleißigen Anwärter der Braunkohlen-Grube, die wieder einmal weiter denn je vom Ziel, in den nächstbesten Schatz sich zu theilen. Die wirklichen oder nächsten Erben sollen in Dubens die Neustadt am Albenberge sich gefunden haben. Diesmal ist es eine familie Weidemann, die Erbanprüche erhebt. — Die Advokaten werden reiche Ernte bei dem Falle halten.

Kurich, 29. Januar. Hinsichtlich der Kommunalsteuern haben die städtischen Kollegien beschlossen, eine Schnapssteuer von 5 Mark auf den Hektoliter einzuführen und die Hundsteuer auf 10 Mark zu erhöhen. Weiter soll eine Biersteuer eingeführt werden mit einem Steuerfuß von 65 Pf. pro Hektoliter für eingeführtes Bier, für das in Kurich gebraute wird eine Quote der staatlichen Biersteuer in Anrechnung kommen. Schließlich wird eine Luftbarsteuere das Gebäude frönen.

Bremerhaven, 29. Januar. Ein gutes Geschäft hat der Bremerhavener Fischdampfer „Paul“ gemacht. Die deutsche Bark „Paul Ridders“, Kapl. Tad, wurde auf ihrer Reise von Dänbien nach Bremerhaven in dem Sturm vom 22. zum 23. Dezember v. J. arg mitgenommen und der Schleswig-holsteinischen Küste zugetrieben, wo die Bark in Gefahr gerieth, zu stranden. Nur der Energie und Umlicht des Kapitlans gelang es, das Schiff vor der Strandung zu bewahren, trotzdem die Ladung übergehoben und die Bark in einem schrägen Winkel von ungefähr 40 Grad auf der Seite lag. In dieser kritischen Situation kam am 24. Dezember der Bremerhavener Fischdampfer „Paul“ (Theobert A. Wurthmann) an den „Paul Ridders“ heran, nahm denselben ins Schleppnetz und brachte ihn glücklich nach dem Heimathafen Geestmünde. Das Strandamt Geestmünde hat nun in einer stattgehabten Sitzung dem Fischdampfer „Paul“ einen Schlepplohn von 14 650 M. zugesprochen.

Vermischtes.

— Majestätsbeleidiger vor 1452 Jahren! Kaiser Theodosius erließ an den Staatsminister Rufinus vor 1452 Jahren ein höchst merkwürdiges Reskript; es lautete wie folgt: „Sollte Jemand so unbedenklich und schamlos sein, daß er unsere Person mit ruchlosen, garhigen Schimpfnamen belegte, oder ein unbesonnener und aufregender Bekleinerer unserer Regierung würde, der soll mit keiner Strafe belegt, auch ihm deshalb nicht etwas hartes und Empfindliches zugefügt werden; denn geschah es aus Leichtsinne (levitate), so verbietet es Verachtung; geschah es aus Unverstand (insania), so verbietet es Bedauern; geschah es aber aus bösem Willen (injuria), so verbietet es Verzeihung. — Wir befehlen daher, daß in solchen Fällen die Sache, bevor etwas darin geschieht, an uns einberichtet werde, damit wir aus den Persönlichkeiten die Keuerung der Menschen beurtheilen mögen, ob dieselbe niederzuschlagen, oder in Untersuchung zu ziehen sei. — Gegeben zu Konstantinopel den 9. August 343!“ — Welcher Gegenlag zur Jetztzeit!

— Den Beruf eines politischen Redakteurs finden wir in der „N. Fr. Pr.“ in folgender treffender Weise besprochen: „Es giebt kaum eine grausamere, aufreibendere Thätigkeit, als die eines leitenden, politischen Redakteurs in unseren Tagen. Was mußte die „gute, alte Zeit“ davon mit ihren dreimal in der Woche erscheinenden Blättern! Wie ruhig gestelzte Dinge bei steter Windhülle auf glattem Spiegel dahin, ohne Zeitartikel, ohne Telegramme, mit Anekdoten und Anekdoten. Heute ist der Letter einer Zeitung wie ein gehobtes Bild, ein Slave, der keine Stunde lang sich selbst und seiner Familie angehört, ein Mann, dem immer der Kopf brummt, und der doch immer hellen Geistes jede Minute produktiv und jeder Ueberraldung gewärtig sein muß. Selbst ein diebschäftiger Rat, dessen aufreibende Thätigkeit der des Redakteurs am nächsten kommt, unterliegt nicht einem so raschen Verbrennungsprozeß des Gehirns und der Nerven. Je länger die Zeitungen geworden sind, desto kürzer das Leben ihrer Schöpfer.“

— Abilige Geirathsvermittler. Ein westpreussisches Blatt bringt folgendes Interat: „Abilige Ehepaar, Gutsbesitzerfamilie, vermittelt (behördlich genehmigt) Mariagen. Red. werden briefl. u.“ — Das wäre ja ein neuer Erwerbzweig für „notleidende“ Landwirthe!

— Eisenbahnunglück. Durch die Kollision von 25 Wagen eines Güterzuges bei Saarbrücken sind 12 Wagen zertrümmert und 3 Beamte getödtet worden.

— Unglücksfall in Folge eines Traumes. In Schwelm (Westfalen) hat der Schmied Möstlich auf seltsame Weise das Leben eingebüßt. Er träumte Nacht, er befände sich in einem Eisenbahnzuge und müsse aussteigen. Er begab sich aus dem Bette zum Fenster, öffnete es, stieg hinaus und brach bei dem Sturze zur Erde das Rückgrat. Einigen herzuwandelnden Verlenen konnte er noch von seinem verhängnißvollen Traume Mittheilung machen, dann hauchte er sein Leben aus.

— Von der Cholera. Ueber den Stand der Cholera in russischen Grenzdistrikten wird dem Ratorbore „Anzeiger“ gemeldet: In den Gouvernements Petrikow und Radom will die Cholera nicht erlöschen. Wenn auch die Zahl der Erkrankungen im ersten Gouvernement nur 5 beträgt mit einem Todesfall, im Radomer 17 Erkrankungen mit 5 Todesfällen, so ist doch zu erkennen, daß noch immer Seuchengefahr vorhanden sind.

Literarisches.

— Der Naturarzt. Vollständliche Monatschrift des „Deutschen Bundes der Vereine für Gesundheitspflege und für arzneilose Heilweise.“ Berlin. Auflage 84 000. Preis ganzjährig 2 Mark bei allen Buchhändlern und Buchhandlungen. Aus dem Inhalt des Jahresheftes seien hier hervor: 1. Aus Wissenschaft und Leben. Ethio vom Balde. — Die Zusammenziehung von 177 verdrängten Gehirnmitteln. — Aus der Anatomie und Physiologie: Zur Dilität des Hens und Trinken. — Zum Kampf um die Krankenkassen. — Was im Jahre 1894 in Berlin noch möglich war. — Stellung schwerer Reumitteln durch das Naturheilverfahren. — Hilung einer Berührung. K. Orth. — 2. Sprechsaal. Priemig A. Damacke. — 3. Bude Nachrichten. — 4. Aus der Zeit. Initiativeanträge auf Befreiung des Impfschwarz. — Ein verhänglicher Sandsturm. — Naturheilkunde in Nordost. — Die Segner der Biologie. — Behalt ein Operationszweig? — Ein Cyber des Kerzels. — Freilichschon. — Schwanz, Kellame. — Selbstkritik infolge von Zankigkeit. — Zur Schulpflege. — Zur Wohnungspflege. — Zur Sozialhygiene. — Dr. med. Nader in Frankfurt a. M. — 5. Bücherrevue. — 6. Reuilletou. Die Massage im Altertum. Dr. med. Seemann. — 7. Briefkasten.

Submissionsresultate

aus dem gestern stattgehabten Termin zur Vergebung der Arbeiten und Lieferungen des Materials zum Bau eines Rathhauses in der Gemeinde Bant.

C. Schulz, Maurermeister, submittirt auf Gans: 26 500 M.; C. Strubing u. Zanten ditto: 28 150 M.; C. Gerbes u. Wiedemann auf Zischler, Schloffer, Antzeider: und Bialfcarbeit: 4821,80 M.; G. Grabhorn auf Gans: 26 419,29 M.; K. Eggerichs: 27 770 M.; Gebr. Wieting: 26 400 M.; Job. Grabhorn: 28 066,93 M.; Areb u. Schudel auf Zischler u. Schlofferarbeiten: 2830,10 M.; K. Bremer auf Gans: 28 769,50 M.; Eggerichs u. Grub: 30 200 M.; Sieberns u. Wiemken auf Maler- und Tapferarbeiten: 1170,32 M.; C. Meber auf Klempnerarbeiten: 158,85 M.; F. Blöge auf Gans: 26 900 M.; K. Hiller auf Schloffer- und Malerarbeiten: 1265,65 M.; G. Mahrens auf Maler- und Tapferarbeiten: 822,13 M.; Kaulfuß auf Zischler, Maler u. Schlofferarbeiten: 3208,45 M.; Wittwe Röder hat nur Einzelarbeit auf Dachrinnen (Klempnerarbeit) pro Meter abgebrochen.

Gedenket der hungernden Vögel.

Parteigenossen!

Es wird ersucht, die Bestellungen auf die Broschüre **Umsatz und Sozialdemokratie** sofort aufzugeben bei **G. Buddenberg, Marktstraße 27.**

**Waaren-Haus
B. H. Bührmann.**

Extra große, schwere indigoblau

Flanellhemden

das Beste in Qualität, was nur geboten werden kann, liefere ich schon zu **Mark 5,00.**

Indigoblauen

Hemden - Flanell

extra schwer und garantiert krimpffrei, 80 cm breit per Meter **Mk. 1,50.**

Graue und braune Farben ebenfalls in allen Preislagen.

Vorwärts!

Vorwärts!

zum **Waarenhaus für Gelegenheitskäufe**

Marktstr. 25

wo tagtäglich

Musverkauf

von

Schuhwaaren, Herren- und Knaben-Anzügen, Unterziehzeugen usw. usw.

zu Auktions- und Taxpreisen stattfindet.

Waarenhaus

für Gelegenheitskäufe **Marktstraße 25.**

Gesangverein „Vorwärts“.

Einladung

zu dem am **Freitag den 1. Februar 1895** im Lokale des Herrn **Johann Folkers zu Neuende** stattfindenden

6. Stiftungs-Fest

bestehend in

Gesang, Theater, humorist. Aufführungen und Ball.

Kasseneröffnung 8 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Entree 50 Pf. Tanzband 75 Pf.

Karten à 40 Pf. sind zu haben bei dem Vereinswirth **Siems, Neue Wilhelmsh. Straße, Gastwirth Johann Folkers, Neuende,** sowie bei sämtlichen Mitgliedern des Vereins.

Das Komitee.

Verein Kompass.

Einladung

zu dem am **Sonntag den 2. Februar 1895** in der „Tonhalle“ des Herrn **Raschke** stattfindenden

5. Stiftungs-Fest

bestehend in

Konzert, Theater, Vorträgen und Ball.

Anfang Abends 8 Uhr.

Karten à 1 Mk. sind zu haben bei sämtlichen Vereinsmitgliedern, im Vereinslokal bei Herrn **Raschke** sowie Abends an der Kasse. Freunde und Gönner des Vereins sind willkommen.

Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung.

Zur gefälligen Nachricht, daß ich mich hier selbst **Schul-Strasse Nr. 28** als

Sattler und Tapezier

niedergelassen habe und halte mich in Anfertigung von Polstermöbeln, Pferdegeschirren, Wagenanschlag, Bandage-Arbeiten, Tapezieren von Zimmern bestens empfohlen. Das Aufpolstern von Möbeln wird auch außerhalb des Hauses besorgt, bei guter Arbeit und billiger Berechnung.

Tonndiech, 30. Jan. 1895.

Hochachtungsvoll

**W. Jürgens,
Sattler und Dekorateur.**

Die Wollspinnerei

von

J. Möhlmann

in **Zevel**

empfiehlt **Wool- und Strumpf-garne** in weiß, farbig und melirt, sowie naturgrau und ächt schwarz zu billigen Preisen. Das Garn ist aus bester hiesiger **Wool**-wolle angefertigt, daher fest und krimpffrei.

Zu vermieten

zum 1. Mai eine **fünfräum. Stagen-wohnung** mit großem Keller und Bodenkammer zu 255 Mk.; desgl. eine **vier-räumige Parterrewohnung** mit Keller und Bodenkammer zu 234 Mk.

Friedrichstraße 5.

Zu vermieten

auf sofort ein **Laden mit Wohn-g. ferner zum 1. Mai eine fünfräumige Oberwohnung** mit Zubehör.

Frau v. Kopp, Bant, am Markt 21.

Ein fein möbliertes Zimmer

zu vermieten. **Tonndiech, Markt 10, u. r.**

Bürger-Verein Neubremen.

Sonntag den 2. Februar
Abends 8 1/2 Uhr

Monats - Versammlung

im Lokale des Herrn **Fanßen, Neubremen.**

Tagesordnung:

1. Erhebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Kirchenratswahl betr.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

**Gesangverein „Einigkeit“
(Gemischter Chor).**

Donnerstag den 31. Januar
Abends 8 Uhr

Gesangstunde

im Vereinslokal.

**Waaren-Haus
B. H. Bührmann.**

Noch vorrätige

**Winter-
Ueberzieher**

zu bedeutend herabge-
setzten Preisen

Stück 12 Mark,
Stück 18 Mark,
Stück 22 Mark.

Die Geschichte des Sozialismus

Heft 20 Pf.

G. Buddenberg.

Nr. 181

des „Norddeutschen Volksblattes“
(vom 7. August 1894) wird zurück-
erbeten. **Die Expedition.**

Codes-Anzeige.

Tiefbetrubt zeigen wir allen Ver-
wandten und Bekannten an, daß
unser lieber Sohn und Bruder

Willi

im Alter von 3 Jahren 6 Monaten
nach kurzer, schwerer Krankheit ver-
storben ist. Um stilles Beileid bitten
Bant, 29. Januar 1895

Die trauernden Eltern:
E. Cide u. Frau nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Freitag,
1. Febr., Nachm. 2 1/2 Uhr, vom
Trauerhause, Birkenstr. 5, aus statt.

Dankagung.

Für die herzliche Theilnahme bei der
Beerdigung unseres geliebten Kindes,
namentlich den Krankspendern sowie dem
Herrn Pastor für die tröstenden Worte
am Grabe sagen innigsten Dank

G. Hellmann und Frau.

Wulf & Francksen



Ausstellung fertiger Betten

**Einschläfige Betten
Nr. 10**

aus roth-grau gestreiftem Atlas
mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	10,25
Unterbett	10,25
2 Kissen	7,—
	Mk. 27,50
zweischläfig	Mk. 31,—

**Einschläfige Betten
Nr. 10b**

aus roth-bunt gestreiftem Atlas
mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	13,50
Unterbett	13,50
2 Kissen	9,—
	Mk. 36,—
zweischläfig	Mk. 40,50

**Einschläfige Betten
Nr. 11**

aus rothem oder roth-rosa Atlas
mit 16 Pfund Halbdaunen.

Oberbett	17,50
Unterbett	17,50
2 Kissen	10,—
	Mk. 45,—
zweischläfig	Mk. 50,50

**Einschläfige Betten
Nr. 12**

Oberbett aus rothem Daunen-
fächer, Unterbett aus roth. Atlas
mit 16 Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett	22,—
Unterbett	20,50
2 Kissen	12,—
	Mk. 54,50
zweischläfig	Mk. 61,—